

Inhalt

Einführung / 5

Die Ausgangsfrage: Deutschland 2014 – immer noch ein Land mit zwei Kulturen? / 5
Zum analytischen Konzept: Verknüpfung von Einstellungen mit dem „Erbe“ der DDR und älteren Traditionslinien / 9
Die Gliederung des Buches / 13

01 Ausgangslage 1990: Die Historisierung politischer und gesellschaftlicher Einstellungen und das kulturelle Erbe der DDR im wiedervereinigten Deutschland / 15

- 1.1 Allgemeine Einordnung / 15
- 1.2 Empirie / 41

02 Die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Kultur im wiedervereinigten Deutschland seit 1990 / 93

- 2.1 Kulturelle Angleichung: Tradierung und Modernisierung von Rollenbildern / 94
- 2.2 Demokratie und Parteienstaat / 103
- 2.3 Ökonomische Lebensbedingungen / 111
- 2.4 Partizipation und Involviertheit / 116
- 2.5 Extremismus, Toleranz und Integration / 125
- 2.6 Zusammenfassung und Ausblick / 132

03 Deutschland 2014 – Ergebnisse der Umfragestudie / 133

- 3.1 Die deutsche Einigung: Gewinn oder Verlust? Die DDR und die Bundesrepublik im persönlichen Vergleich der Systeme / 133
- 3.2 25 Jahre Friedliche Revolution – eine Bilanz / 141
- 3.3 Eigenverantwortung oder Zuständigkeit des Staates? / 143
- 3.4 Eckpfeiler einer demokratischen politischen Kultur in Deutschland / 146
- 3.5 Die Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie im vereinten Deutschland / 147
- 3.6 Politisches Vertrauen im vereinten Deutschland / 161

- 3.7 Politisches Engagement in den alten und neuen Bundesländern / 167
- 3.8 Verbundenheit der Bewohner mit verschiedenen Gebieten / 184
- 3.9 Beurteilung von wirtschaftlicher Lage und Lebenszufriedenheit / 189
- 3.10 Mediennutzung und Medienwahrnehmung / 192

04 Die deutsche Presseberichterstattung über 25 Jahre Deutsche Einheit / 203

- 4.1 Medien als Förderbänder der Politikvermittlung in der Demokratie – einige grundsätzliche Vorbemerkungen / 203
- 4.2 Die Deutsche Einheit im Spiegel der Massenmedien – ein Problemaufriss / 208
- 4.3 Studien zur Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit / 211
- 4.4 Methode / 222
- 4.5 Ergebnisse: Die Presseberichterstattung über die deutsche Wiedervereinigung im Langzeitvergleich / 230
- 4.6 Unterschiedliche Zeitungen, Unterschiede in der Berichterstattung? / 273
- 4.7 25 Jahre Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit – eine Zusammenfassung / 279

Verlängern sich Trendlinien der gesamtdeutschen politischen Kultur in die Zukunft? – Rückblick und Ausblick / 289

Kurzfassung der Untersuchungsergebnisse / 303

Literaturverzeichnis / 321

Abbildungsverzeichnis / 331

Tabellenverzeichnis / 334

Fragebogen / 336

Einführung

Die Ausgangsfrage: Deutschland 2014 – immer noch ein Land mit zwei Kulturen?

Die Deutsche Einheit – eine Erfolgsgeschichte mit manchen Fragezeichen

Im Einigungsjahr 1990 und in den nächstfolgenden Jahren konzentrierte sich das Interesse von Forschung und Öffentlichkeit vor allem auf die Frage, wie sich die Chancen und Risiken der nachholenden Demokratisierung Ostdeutschlands darstellten. Würde wirklich zusammenwachsen, was zusammengehört? Noch bevor die fünf neu gegründeten ostdeutschen Länder der Bundesrepublik beitraten, verwiesen Beobachter auf die möglichen Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen zweier Staaten, Gesellschaften und Wirtschaftssysteme, die vierzig Jahre lang unterschiedlichen Kulturen und politischen Bündnissystemen angehört hatten. Der Schriftsteller Patrick Süskind beispielsweise äußerte sich im *Spiegel*, einem wieder aufgenommenen Zitat der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 19. November 2014 zufolge, damals drastisch über die zwischen der Bundesrepublik und der DDR bestehenden Gemeinsamkeiten: „Denn was gehört denn da zusammen, bitte sehr? Gar nichts! Im Gegenteil: Nichts Unzusammenhängenderes lässt sich denken als die DDR und die BRD! Verschiedene Gesellschaften, verschiedene Regierungen, verschiedene Wirtschaftssysteme, verschiedene Erziehungssysteme, verschiedener Lebensstandard, verschiedene Blockzugehörigkeiten, verschiedene Geschichte, verschiedene Promillengrenze – gar nichts wächst da zusammen, weil gar nichts zusammengehört.“

25 Jahre später können wir feststellen: Damals geäußerte Befürchtungen eines Einigungsversagens haben sich glücklicherweise nicht bewahrheitet. Die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Transformationsforschung ist sich ganz überwiegend darin einig, dass die Deutsche Einheit eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte geschrieben hat (vgl. IWH 2014). Vor allem hinsichtlich der Lebensqualität und der Infrastruktur sind, wie der Jahresbericht der Bundesregierung 2014 zum Stand der Deutschen Einheit vermerkt, zwischen neuen und alten Ländern kaum mehr Unterschiede festzustellen (Jahresbericht 2014, S. 7). Die positive Bilanzierung der Wiedervereinigung tritt auch in den subjektiven Einschätzungen der Ostdeutschen und der Westdeutschen übereinstimmend deutlich zutage: Für jeweils vier von fünf Ost- wie Westdeutschen überwiegen aus heutiger Sicht, das bestätigen die Ergebnisse unserer in diesem Buch ausführlich dargelegten Bevölkerungsumfrage vom Herbst 2014, die Vorteile der Wiedervereinigung etwaige Nachteile (siehe Kap. 3.1).

Indes sind die Ost-West-Unterschiede bis heute nicht gänzlich eingeebnet. Das ist auch nicht zu erwarten, denn zum einen sind die politischen Kulturen größerer Räume in sich generell heterogen und zum anderen existieren in beiden Teilen Deutschlands regionale kulturelle Unterschiede, die in Teilen historisch gewachsene Traditionen fortschreiben (vgl. Mannewitz 2015). Eine vollständige Nivellierung erscheint zumindest dort nicht erwünscht, wo das Anderssein die regionale Vielfalt einer mit der Wiedervereinigung erweiterten Staatsgesellschaft abbildet. Gegengesteuert werden muss weiterhin dort, wo es sich um Disparitäten handelt, welche die Entwicklungsmöglichkeiten Ostdeutschlands schmälern. Ein solcherart bestehendes West-Ost-Gefälle ist insbesondere in den Wirtschaftsstrukturen und in der damit einhergehenden Wirtschaftskraft, in der Arbeitslosenquote und im Mangel an

Fachkräften, ferner hinsichtlich der eigenen Steuerkraft ostdeutscher Länder und Gemeinden oder bei den Auswirkungen des demografischen Wandels (Alterung, Entsiedelung ländlicher Räume) nach wie vor erkennbar (vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014, S. 7; Berlin-Institut 2015).

Als aktuelle Schlüsselfragen stellen sich folglich: Hat der 1989/90 eingeleitete Prozess der demokratischen Erneuerung des politischen Denkens in Ostdeutschland der Erfolgsgeschichte der Wiedervereinigung einen – im Grunde unverzichtbaren – kulturellen Anteil hinzugefügt? Hat sich die generelle Unterstützung der Demokratie als Ordnungsmodell sowie des in der Bundesrepublik institutionalisierten Modells der Demokratie in beiden Teilen des Landes durchgesetzt? Spiegelt sich die Entwicklung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Randbedingungen, die in ihren teils ermutigenden, teils prekären Erscheinungsformen während der vergangenen 25 Jahre einen wellenförmigen Verlauf nahm, in den Einstellungen der Menschen gegenüber der Politik wider? Haben sich die für die erste Hälfte der 1990er-Jahre feststellbaren Tendenzen einer in der Bevölkerung Ostdeutschlands anwachsenden demokratiefernen Grundeinstellung (Gabriel / Neller 2010, S. 75) seither verfestigt? Oder haben sich die für die Mitte des ersten Jahrzehnts nach der Jahrtausendwende ebenfalls nachgewiesenen Muster einer in Ost und West bereits ähnlich bis gleich verteilten Unterstützung der Demokratie – so etwa im Grad des Institutionenvertrauens und der den Politikern zugesprochenen Bürgernähe (ebd., S. 134f.) – hernach deutlicher ausgeprägt? Zugespitzt ausgedrückt: Zeigt das geeinte Deutschland der Gegenwart immer noch Merkmale *eines* Staates, in dem *zwei* politische Kulturen beheimatet sind?

Der Gleichklang von Demokratiebildung und wirtschaftlicher Konsolidierung

Die Sorge, dass sich der von vielen Zeitbeobachtern diagnostizierte innerdeutsche kulturelle Graben nach 1990 eher vertiefen denn abflachen würde, erschien angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationskrise, die sich in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre in Ostdeutschland massiv entfaltete, durchaus begründet. Wie einschneidend die strukturellen, materiellen und psychologischen Größenordnungen und Auswirkungen dieses Umbruchs waren, ist inzwischen umfassend dokumentiert und analysiert (vgl. Jahresberichte zum Stand der Deutschen Einheit 1997–2014; KSPW-Forschungsdokumentation in Wollmann u. a. 1995; IWH 2010; Best / Holtmann 2012). Die wiederholten Rückschläge, die im Fortgang des Aufbaus Ost seither zu bewältigen waren, und die Erfahrung, dass sich die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands unerwartet mühevoll gestaltet, stellten nicht nur für sich genommen für die Politik und die betroffenen Menschen eine enorme Herausforderung dar. Vielmehr war anfangs außerdem zu befürchten, dass infolge der Einbrüche der Wirtschaftsleistung sowie aufgrund der sozialen Verwerfungen auch der Prozess der Demokratiebildung in Ostdeutschland ins Stocken geraten würde. Für eine solche Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und politischem Bewusstsein sprachen nicht zuletzt die historischen Erfahrungen, die im Westdeutschland der 1950er- und 1960er-Jahre gemacht worden waren: Dort hatte sich die Demokratie *kulturell* vor dem Hintergrund eines eineinhalb Jahrzehnte lang stetig anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs konsolidiert (Gabriel 1986 und 1987; Gabriel / Neller 2010, S. 68ff.; Holtmann 2013).

Es gibt eine Art ehernes Gesetz der Demoskopie, das in der empirischen Demokratieforschung auch für Ostdeutschland wieder und wieder bestätigt wird: Wer

die allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage jetzt und in Zukunft positiv bewertet, stellt auch der Demokratie in seinem Land ein gutes Zeugnis aus. Umgekehrt wird das Funktionieren der Demokratie dort besonders kritisch gesehen, wo die eigenen Lebensbedingungen pessimistisch eingeschätzt werden. Ein ausdauernd defizitäres Demokratieverständnis ließe im Übrigen auch für die wirtschaftliche Regenerationsfähigkeit des Ostens nicht unbedingt Gutes erhoffen. Denn folgt man einer weiteren in der Literatur zum Vergleich politischer Systeme gewonnenen Einsicht, so spricht generell etliches dafür, dass zwischen einer stabilen Demokratie und einer leistungsfähigen Volkswirtschaft ein positiver Zusammenhang besteht (Merkel 1999, S. 67; mit Verweis auf Przeworski et al. 1996).

Der demokratische Dreisatz politischer Einstellungen

Eine stabile Demokratie bedarf eines Rahmens, der Recht und Gesetz allgemein verbindlich macht. Die Demokratie ist ein Modell politischer Ordnung, die ihre Geltung und Arbeitsfähigkeit aus der orientierenden Kraft rechtlicher Regeln bezieht. Doch erschöpft sich Demokratie nicht in der bloßen Existenz von Rechtsnormen und staatlichen Institutionen. Lebendig und gesellschaftlich stabil verankert ist die Demokratie nur dann, wenn ihre Werte und Grundsätze in der Bevölkerung anerkannt sind und deren aktives Handeln leiten. Auf der Ebene subjektiver Orientierungen, die politisches Verhalten leiten, kommt es wesentlich darauf an, wie politisches Interesse, Wissen und Urteilsvermögen ausgestaltet sind, wie die individuellen Einflusschancen eingeschätzt werden und ob Bereitschaft besteht, sich politisch zu beteiligen.

Anerkennung und bürgerschaftliche Beteiligung fallen einer Demokratie allerdings nicht schon mit ihrer Gründung oder Wiedererstehung automatisch in den Schoß. Ob und inwieweit ein demokratisches System bei seinen Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung findet, hängt vielmehr entscheidend von drei Faktoren ab: einmal von der *ideellen Identifikation* mit den tragenden Systemzielen des Ordnungsmodells der Demokratie, des Weiteren von dem Maß des *Vertrauens*, das den Institutionen und den Repräsentanten des Systems entgegengebracht wird, und schließlich von der *Zufriedenheit mit dem Funktionieren dieses Systems* und mit den konkreten Leistungen seiner Politik und Ökonomie.

Dieser „demokratische Dreisatz“ stellt eine wichtige Messgröße dar, um zu überprüfen, ob ein Systemwechsel von der Diktatur zur Demokratie erfolgreich ist oder misslingt. Die in den 1970er-Jahren mit Blick auf die alte Bundesrepublik gestellte Frage, wie ein Regierungssystem, das einen autoritären Vorläufer abgelöst hat, „die kulturellen Grundlagen einer Demokratie erwirbt“ (Merelman/Foster 1979, S. 136), gewann daher nach der Wiedervereinigung 1990 für Ostdeutschland neuerliche Aktualität. Doch ob das geeinte Deutschland die kulturellen Grundlagen seiner Demokratie festigen konnte und kann, ist nicht nur eine genuin ostdeutsche Herausforderung, sondern eine den Westen des Landes ebenfalls betreffende gesamtdeutsche Aufgabe sowie, noch weiter ausgelegt, eine Herausforderung, die sich, angesichts generell gewachsener Ansprüche von Bürgerinnen und Bürgern an die Leistungsfähigkeit der Politik, allen Demokratien des westlichen Typus stellt (Dalton 2004).

Die Studie Deutschland 2014 – untersuchungsleitende Fragen

Die oben skizzierten Fragen nach dem Entwicklungsgang und Entwicklungsstand des politischen Bewusstseins im wiedervereinigten Deutschland gingen in eine breit angelegte sozialwissenschaftliche Untersuchung ein, die ursprünglich im Auftrag

→ Ideelle Identifikation mit dem System

Bejahung der Grundnormen bzw. Grundprinzipien des politischen bzw. wirtschaftlichen Systems, wie sie in der Verfassung formuliert sind.

→ Vertrauen in Institutionen und Repräsentanten

Erwartung, dass die politisch verantwortlich Handelnden sich in Ausübung ihres Amtes kompetent und integer verhalten; daher bedeutsam für das Funktionieren der Demokratie.

→ Zufriedenheit mit dem Funktionieren des Systems

Die Leistungskraft und Problemlösungsfähigkeit von Politik und Wirtschaft werden positiv wahrgenommen.

des Bundesministeriums des Innern erfolgte. Später wechselte die Zuständigkeit für das Projekt zu dem Arbeitsstab Neue Bundesländer, der seit 2014 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ressortiert. Den Bearbeitern des Projekts war folgende Aufgabe gestellt:

Erstens sollte eine aktuelle Bestandsaufnahme über die seitens der Bürgerinnen und Bürger gehegten Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen System des vereinigten Deutschland und seiner gesellschaftlichen Entwicklung erstellt werden.

Zweitens sollten auf der Grundlage vorhandener Umfragedaten im Rahmen einer Längsschnittanalyse für den Zeitraum von 1990 bis 2014 Hauptlinien der politisch-kulturellen Entwicklung herausgearbeitet werden. Solche empirisch identifizierbaren Prozessgrößen der Festigung bzw. des Wandels von Werten, Normen und Identitäten sollten auf der Einstellungsebene als „Meta-Trendlinien“, das heißt als auf der Zeitachse abgetragene Durchschnittswerte der jeweils zu mehreren herangezogenen Umfragen, erkennbar sein. Welche „langen Linien“ von Einstellungen, Werthaltungen und Identitäten treten seit der Wiedervereinigung zutage? Überwiegen im Vergleich von Ost- und Westdeutschland Tendenzen der Annäherung kultureller Muster (*Konvergenz*) oder des Auseinanderdriftens (*Divergenz*)?

Drittens sollte die Zeitlinie der Analyse mittels einer bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsumfrage an die bundesdeutsche Gegenwart herangeführt werden.

Viertens war den Bearbeitern des Projekts aufgegeben, den Tenor und die Bandbreite der medialen Berichterstattung über das Thema Wiedervereinigung anhand einer Inhaltsanalyse in Deutschland erscheinender Massenmedien darzustellen.

Durchgeführt wurde das Forschungsprojekt von einem Team, das sich aus den als Autoren des vorliegenden Buches firmierenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Zentrums für Sozialforschung Halle (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie der Universitäten Stuttgart und Landau zusammensetzt. Zu dieser Forschergruppe gehören Oscar W. Gabriel, Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Melanie Leidecker-Sandmann, Jürgen Maier und Michaela Maier. Mit der repräsentativen Bevölkerungsumfrage wurde das Institut Infratest dimap (Berlin) beauftragt. Das Projekt startete im Januar 2014 und wurde Ende desselben Jahres abgeschlossen. Der Erhebungszeitraum der Bevölkerungsumfrage reichte vom 15. September bis zum 10. Oktober 2014.

Die Ergebnisse der Untersuchung wurden am 18. Februar 2015 von der Beauftragten für die Angelegenheiten der neuen Bundesländer, Staatssekretärin Iris Gleicke, und dem Autorenteam in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Die nachstehende Publikation enthält die Langfassung des Berichts und eine Kurzfassung wesentlicher Untersuchungsergebnisse. Für die Buchveröffentlichung wurden der Text sowie die Abbildungen und Tabellen durchgesehen, redaktionell überarbeitet und um eine Einführung, ferner um einen Abschnitt, der von der Einstellungsanalyse zur Inhaltsanalyse der Presseberichterstattung überleitet (Kap. 4.1), sowie um einen schließenden „Ausblick“ ergänzt.

→ **Konvergenz**

In der Längsschnittbetrachtung erkennbare Annäherung von Linien längerfristiger Entwicklungen, z. B. im Feld politischer Einstellungen.

→ **Divergenz**

In der Längsschnittbetrachtung erkennbare Auseinanderentwicklung von Trendlinien, z. B. im Feld politischer Einstellungen.

Zum analytischen Konzept: Verknüpfung von Einstellungen mit dem „Erbe“ der DDR und älteren Traditionslinien

Erklärende Hintergrundannahmen: Historisierung und Pfadabhängigkeit

Dass sich auf der Zeitachse der Trendlinien, auf denen die Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Einstellungen von Ost- und Westdeutschen während der ersten zweieinhalb Jahrzehnte der Wiedervereinigung abgetragen ist, Tendenzen einer bemerkenswerten Konvergenz, daneben aber auch Ausprägungen fort-dauernder Differenz markieren lassen, ist schon für sich genommen ein spannender Befund. Doch haben sich die Einstellungsdaten, die in und nach 1990, dem „Schaltjahr“ des Systemwechsels in Ostdeutschland, erhoben worden sind, nicht historisch voraussetzungslos ausgeformt. Die gesamtdeutschen Signaturen von *Konvergenz* und *Differenz*, die im Ergebnis der vorliegenden Untersuchung sichtbar werden, stehen vielmehr unterschiedlich deutlich in der Kontinuität einer älteren deutschen kulturellen Tradition, die bis in die Zeit der DDR und in davor liegende, noch ältere Epochen deutscher Staats- und Gesellschaftsgeschichte zurückreicht.

Diese Erkenntnis geht in die in diesem Buch dargelegte Auswertung der Umfragedaten mit ein. Die für die Zeit seit 1990 vorliegenden umfragebasierten Einstellungsdaten werden mit beiden Traditionssträngen – das heißt sowohl jenem jüngeren, der ein nachwirkendes „Erbe“ der DDR und der alten Bundesrepublik transportiert, als auch jenem älteren, der bis in das späte 19. Jahrhundert zurückreicht – verknüpft. So wird erkennbar, dass die politische Kultur und die Gesellschaftskultur der deutschen Gegenwart, betrachtet aus der erweiterten Perspektive längerer geschichtlicher Perioden, tatsächlich in hohem Maße „pfadabhängig“ verlaufen ist. *Pfadabhängigkeit* beschreibt den verallgemeinerbaren Sachverhalt, dass, nachdem eine grundsätzliche politische oder sozial-ökonomische Weichenstellung vorgenommen worden ist, der eingeschlagene Entwicklungspfad weiterverfolgt wird, weil auf diesem Weg Problemlösungen und Reaktionsmuster zur Gewohnheit werden, was für Verhaltenssicherheit bürgt. Der Verweis auf eine pfadabhängige Entwicklung schließt wohlgerne nicht aus, dass Ereignisse eintreten, die tiefe Einschnitte markieren und bis dahin geltende eingeschlossene Handlungsrountinen über den Haufen werfen – wie zum Beispiel die deutsche Einigung.

Diese Überlegungen sprechen für die hier vorgenommene *Historisierung* der Einstellungsdaten, die für Gesamtdeutschland seit 1990 erhoben worden sind. Die kulturgeschichtliche Einordnung erlaubt es folglich, den Erklärungsgehalt dieser Daten noch mehr auszuschöpfen und dabei die teilweise ineinanderfließenden Elemente von gegenwärtig auftretender Konvergenz und Differenz prägnanter herauszuarbeiten. Dafür, im Vorgriff auf den ausführlichen Text, zwei anschauliche Beispiele: In beiden deutschen Staaten hat, trotz gegensätzlicher Systemvorzeichen, eine historisch in Deutschland seit jeher stark ausgeprägte auf den Staat gerichtete Erwartungshaltung, und hierbei insbesondere eine wohlfahrtsstaatliche Orientierung, fortgelebt. Wie Umfragedaten belegen, war Mitte der 1990er-Jahre die grundsätzliche Erwartung, dass der Staat für die Absicherung elementarer Lebensrisiken zu sorgen habe, in Ost und West gleichermaßen hoch. Allerdings herrschten über die Reichweite sozialstaatlicher Intervention in beiden Teilen des Landes unterschiedliche Vorstellungen (siehe Kap. 1.2.10).

Damit eng verknüpft ist eine zweite Grunderwartung, nämlich die *Suche nach Sicherheit*. Im März 1990 gaben etwa 74 Prozent der Ostdeutschen an, „nach Sicherheit streben“ sei ihnen sehr bzw. außerordentlich wichtig (siehe Kap. 1.2.7, Tabelle 8). Angesichts der zu diesem Zeitpunkt ihrer Auflösung entgegentalenden DDR mag das nicht unbedingt überraschen. Bemerkenswert ist nun aber, dass in derselben Umfrage auch gut 60 Prozent der Westdeutschen ein hohes Sicherheits-

bedürfnis bestätigten. Offenbar ist dieses Bedürfnis ein kulturelles Erbe, das sowohl die DDR als auch die alte Bundesrepublik dem wiedervereinigten Deutschland mitgegeben haben.

Dabei waren die gesellschaftlichen Umstände der historischen Aneignung und Verarbeitung auch dieses Kulturmusters in beiden deutschen Staaten verschieden: Während in der Bundesrepublik das Streben nach Sicherheit auf die Konfrontation mit den Unsicherheiten der 1950er-Jahre (Flucht, Vertreibung, Kriegsversehrtheit, Bombenschäden, Verlust von Hab und Gut) zurückgeführt werden kann und hier unter Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft individuelle Antriebskräfte für beruflichen und sozialen Aufstieg freisetzte (vgl. Braun 1978), vermittelte der hochsubventionierte Lebensalltag in der DDR eine Garantie von staatlich gesicherter Rundumversorgung, die im Korsett der Planwirtschaft und des Kollektivs dem Denken in Kategorien der Eigeninitiative wenig Raum ließ. Mitte des Jahres 1990 spielten nur zehn Prozent der DDR-Bürger mit dem Gedanken, sich selbstständig zu machen (siehe Kap. 1.2.7, Tabelle 10).

Vorschläge zur Periodisierung des Untersuchungszeitraums

Die hier vorgenommene Historisierung, das heißt das Erschließen der geschichtlichen Dimensionen des Untersuchungsgegenstandes, wird durch dessen *Periodisierung*, also eine Unterteilung in Zeitspannen, die sich voneinander abheben, besser nachvollziehbar. Dass die DDR sowie die alte Bundesrepublik und das wiedervereinigte Deutschland als eigene staatliche Einheiten mit je spezifischen Staatsgesellschaften betrachtet werden, die ab 1949 parallel existierten bzw. 1990 aufeinandergefolgt sind, versteht sich von selbst. Eine zeitliche Trennlinie besonderer Art stellt das Jahr 1990 dar. Dieses Jahr bezeichnet nicht nur das formelle Datum der Deutschen Einheit, sondern es lässt sich zudem als ein Scheitelpunkt bzw. ein Scharnierjahr begreifen: Die Zeit davor beinhaltet für den Osten Deutschlands eine Phase vorausgehender kultureller Prägungen, die als kulturelle Mitgift in das vereinigte Land eingebracht wurden. In der Zeit danach existieren diese mit dem Prägestempel DDR versehenen Orientierungen, angepasst an die neuen gesamtdeutschen Verhältnisse, zum Teil fort.

Kurz vor, in und kurz nach dem Jahr 1990 hat sich der mit dem Systemwechsel einhergehende Prozess kultureller Beharrung und Wandlung beschleunigt und verdichtet. Wie die betreffenden Kapitel des Buches dokumentieren, ist der Transition, das heißt dem abrupten Umbruch des politischen Gefüges des SED-Staates, eine „Inkubationszeit“ der schleichenden Delegitimierung des Systems vorausgegangen. Diese Zeitspanne umfasst die Jahre 1988 und 1989. Ergänzt um 1991, das erste „Jahr danach“, stecken die rund dreieinhalb Jahre von Mitte 1988 bis Ende 1991 jenen zeitlichen Abschnitt ab, in dem sich die historischen Ereignisse von *Transition* und *Transformation* auf der Einstellungsebene abbilden.

Das Erklärungsmodell der Politischen Kultur

Erkannte Geschichtlichkeit und nachvollziehbare Periodizität sind notwendige, jedoch nicht hinreichende Voraussetzungen, um den Untersuchungsgegenstand zu strukturieren und zu verstehen. Es bedarf darüber hinaus eines Erklärungsmodells, das den darzustellenden vielschichtigen Sachverhalt theoretisch fundiert deuten und auf den Begriff bringen kann. Diese Orientierungshilfe leistet für die vorliegende Untersuchung das politikwissenschaftliche Analysekonzept der Politischen Kultur. Bei diesem ist, anders als im landläufigen Verständnis, „Kultur“ nicht mit Kunstsinne, Kultiviertheit oder Ästhetik konnotiert. Stattdessen erfasst das Konzept Politische Kultur, der klassischen Definition der US-amerikanischen

→ Periodisierung

Einteilung der Zeitachse in Zeitabschnitte, in denen Entwicklungen ihren Anfang nehmen, einen Abschluss finden oder sich verdichten.

→ Transition

Abrupter Akt des Umbruchs, also einschneidender Vorgang des Systemwechsels.

→ Transformation

In dieser sich der Transition anschließenden Phase werden bisherige Institutionen, Personalkörper und Handlungsmuster durch neue ersetzt, im Falle der Deutschen Einheit auch durch einen „Institutionentransfer“ von West nach Ost.

Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba folgend, den Gesamtbestand der Meinungen, Einstellungen und Wertüberzeugungen, die seitens der Bürgerinnen und Bürger auf das politische System als Ganzes hin ausgerichtet sind sowie auf dessen Institutionen, Verfahrensweisen und Akteure. Unter anderem geht es darum herauszufinden, wie die Angebote und Leistungen der Politik wahrgenommen und bewertet werden (Almond / Verba 1963).

Als gängige Schlüsselgrößen einer politischen Kultur gelten: (a) das Ausmaß an genereller und spezieller *Unterstützung*, das einem politischen System (und damit verbunden seiner Wirtschaftsordnung) als Ganzem sowie seinen *Institutionen* (Parlament, Regierung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit, Parteien u. a.) entgegengebracht wird; (b) Identifikation mit den zentralen Systemzielen; (c) *Vertrauen* in Politiker und anderen Positionseliten; (d) *Zufriedenheit* mit den Leistungen des politischen und wirtschaftlichen Systems. Die Indikatoren ideelle Systemidentifikation, Systemvertrauen („political trust“) und Systemzufriedenheit fügen sich zu jenem eingangs erwähnten demokratischen Dreisatz, anhand dessen empirisch überprüft werden kann, ob ein Systemwechsel in der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung „angekommen“ ist. Entsprechend Raum wird den genannten (und weiteren) Indikatoren in jenen empirischen Teilen des Buches eingeräumt, in denen die Trendlinien für die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen der Deutschen seit 1990 dargestellt werden, ergänzt um die Ergebnisse der Umfrage von 2014 (Kap. 2 und 3).

Die politische Kultur ist naturgemäß auf den politischen Sektor fokussiert. Aber zugleich ist sie mit der *Sozialkultur* einer Gesellschaft dicht verwoben. Politische Einstellungen speisen sich auch aus sozialen Umfeldern. Dort werden Normen wie Vertrauen, Orientierung am Gemeinwohl oder Gleichberechtigung gesellschaftlich gelebt und über informelle Regeln sozialen Verhaltens vermittelt. Solche Lebensregeln und Lebenspraxen sind zunächst einmal vopolitischer Natur. Aber in die Sphäre der Politik übertragen, können sie ebenso die politische Kultur beeinflussen. Auch für den Zusammenhang von politischer Kultur und Sozialkultur vorab ein Beispiel: Im empirischen Teil dieses Buches wird dokumentiert, wie sich die Sympathiekurven für das traditionelle und das aufgeklärte Frauen- und Familienbild bei Frauen und Männern in Ost und West im Zeitverlauf entwickelt haben (siehe Kap. 2.1). Wer die eine oder die andere gesellschaftspolitische Position teilt, wird sich bei seiner bzw. ihrer Unterstützung bestimmter Parteien oder Politiker mutmaßlich auch davon leiten lassen, ob dieser Akteur das selbst favorisierte Erwerbs- bzw. Erziehungsmodell vertritt.

Das Erklärungsmodell Politische Kultur und die daraus abgeleiteten Klassifikationen ermöglichen eben jenen zugleich historischen wie systematischen Zugriff auf den Untersuchungsgegenstand, wie er in diesem Buch vorgenommen wird. Als hilfreich für die Historisierung des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins im gegenwärtigen Deutschland erweist sich vom Instrumentarium der Politische-Kultur-Forschung zum einen der Begriff der *Staatskultur*. Dem Politikwissenschaftler Karl Rohe zufolge beschreibt der Begriff eine „auf ‚sachliche‘ Ergebnisse“ ausgerichtete und gerechte Teilhabe an öffentlichen Leistungen und Gütern einfordernde Erwartungshaltung gegenüber der staatlichen Autorität und staatlichen Organen (Rohe 1993). Gerade in Deutschland hat sich eine solche Erwartungshaltung seit der Wilhelminischen Ära in das Staatsverständnis breiter Kreise der Bevölkerung historisch eingeschrieben. In der Verlängerung dieses traditionellen Kulturmusters, das seit seiner Entstehung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mehrere Systemwechsel überdauerte, ist auch die oben skizzierte wohlfahrtsstaatliche Orientierung in Ost- wie Westdeutschland zu sehen.

→ Sozialkultur

Spektrum von Einstellungen, Meinungen und wertgebundenen Grundüberzeugungen wie Sitte, Anstand, Moral, Bräuche und Gewohnheiten, die auf die ordnende Gestaltung des sozialen Zusammenlebens hin ausgerichtet sind.

→ Staatskultur

Grundhaltung bzw. Grunderwartung, die auf die staatliche Autorität gerichtet ist bzw. auf von staatlicher Seite gewährte Leistungsgarantien setzt, vor allem bei der Grundversorgung (Sicherung von Risiken bei Alter, Krankheit, Armut, Invalidität, Erwerbslosigkeit).

Der Erkenntnis förderlich ist ferner, die beiden Felder der *Gemeinschaftskultur* und der *Gesellschaftskultur* zu unterscheiden. Diese kategoriale Differenzierung geht ebenfalls auf Karl Rohe zurück. Während die Sphäre der Gemeinschaftskultur das gesamte Spektrum sozialer Beziehungen und Kontakte zwischen Privatleben und Beruf einschließt, deckt Gesellschaftskultur jenen Bereich ab, in dem Interessen öffentlich artikuliert, organisiert und mit dem Ziel der Durchsetzung repräsentiert werden. Obgleich erkennbar auf Politik und Staat bezogen, ist eine staatsunabhängige, interessen geleitete Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger und eine darauf aufbauende Gesellschaftskultur ein Grundprinzip freier Gesellschaften.

Für die interpretierende Einordnung der empirischen Befunde des hier vorgelegten Projektberichts können die genannten drei Begriffe als Anhaltspunkte dienen. Allerdings werden die in den Bericht aufgenommenen Einstellungsvariablen nicht durchgehend und eindeutig dieser begrifflichen Trias zugeordnet. Nimmt man die hier vorgestellten Daten aus der nach Staats-, Gemeinschafts- und Gesellschaftskultur differenzierenden Perspektive in den Blick, so wird immerhin zweierlei bestätigt: Anders als in der Bundesrepublik hat erstens in der DDR nur eine staatlich abgeleitete und zentral gelenkte Gesellschaftskultur existiert, der die Mehrheit der Bevölkerung nicht freiwillig und aus innerer Überzeugung, sondern aus Gründen der Opportunität angehörte. Und häufig gespeist aus derselben inneren Abstandhaltung zum Regime waren zweitens Gemeinschaftskultur und Privatleben in der DDR besonders eng miteinander verbunden. Letzteres meint ausdrücklich nicht die viel beschriebenen – und im Rückblick bisweilen mythisch überhöhten – kleinen Fluchten in die privaten Nischen von Datsche, Zeltplatz und Ostseurlauben, sondern die Zusammenarbeit und die sozialen Kontakte mit Arbeitskollegen im Betrieb. Die Arbeitsstätte ist für viele DDR-Bürger offenbar ein besonderer Vereinigungspunkt einer alltäglich praktizierten Gemeinschaftskultur gewesen (siehe Kap. 1.2.4).

Ein unerwarteter empirischer Lückenschluss: die Wiederentdeckung der DDR-Stellvertreterumfragen

Spätestens an dieser Stelle, da von den Einstellungen der Menschen zu Zeiten der DDR die Rede ist, stellt sich die Frage: Lässt sich das Versprechen einer Historisierung der politischen Kultur Ostdeutschlands für die Zeit der Existenz der DDR überhaupt auf einer empirisch tragfähigen Grundlage einlösen? – Hier sind eigentlich Zweifel angebracht, denn für die DDR liegen bekanntlich keine den üblichen methodischen Standards genügenden repräsentativen Bevölkerungsumfragen vor. Indes kam den Bearbeitern dieses Forschungsprojekts der Zufall zu Hilfe: Dankenswerterweise machte das Institut Infratest dimap auf den im Archiv aufbewahrten Datenbestand der sogenannten DDR-Stellvertreterumfragen aufmerksam, der jahrzehntelang in Vergessenheit geraten war. Mit einer eigens entwickelten Methodik hatte die Infratest Kommunikationsforschung im Auftrag der Bundesregierung zwischen 1968 und 1989 Jahr für Jahr fortlaufend die Stimmungslagen und Einstellungen der DDR-Bevölkerung untersucht und in Berichtsbänden, die als vertraulich deklariert waren, dokumentiert.

Obgleich gegenüber einer prozentscharfen Ausdeutung der damals erstellten Tabellen Vorsicht geboten ist, stellen die Stellvertreterumfragen einen einzigartigen Datenfundus dar, der es ermöglicht, die für die Rekonstruktion der politischen und gesellschaftlichen Kultur der DDR bisher bestehende empirische Lücke zu schließen. Ausgewählte Befunde der Stellvertreterforschung werden daher nachstehend in Kapitel 1.2 vorgelegt (vgl. jetzt auch ausführlich Holtmann/Köhler 2015).

→ **Gemeinschaftskultur**

Einstellungen und Werthaltungen, die auf Formen sozialer Verbundenheit hin ausgerichtet sind, die auf persönlichen und informellen Beziehungen in der privaten Sphäre (Familie, Nachbarschaft, Betrieb) beruhen.

→ **Gesellschaftskultur**

Einstellungen und Werthaltungen, die auf den sozialen Großverbund „Gesellschaft“ bezogen sind, der durch Merkmale wie sozialer Status, soziale Schichtung und das Anmelden von Interessen sowie deren Organisation gekennzeichnet wird.